

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 111. Ratssitzung vom 8. Februar 2012

2329. 2009/357

Weisung vom 21.09.2011:

Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Roger Liebi (SVP) betreffend «Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten», Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend «Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2009/357, von Monika Erfigen (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 19. August 2009 betreffend «Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten» wird als erledigt abgeschrieben.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Claudia Simon (FDP): Das Postulat fordert, dass nach Beeinträchtigungen durch städtische Bauarbeiten vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetreibende angewendet werden können. Hintergrund für das Postulat sind die langen Bauarbeiten mit der Gleiserneuerung an der Seefeldstrasse und am Stadelhoferplatz. Die umliegenden Gewerbebetriebe mussten damals hohe Umsatzeinbussen von teilweise 30 % und mehr verzeichnen. Gemäss der Weisung ist sich der Stadtrat bewusst, dass die Bauarbeiten für die Anwohnenden und Gewerbebetreibenden mit Unannehmlichkeiten und Beeinträchtigungen verbunden waren. Umgekehrt müsse aber auch die Infrastruktur gebaut und unterhalten werden. Gemäss Stadtrat wird bei Bauarbeiten stets eine Güterabwägung vorgenommen. In den Veranstaltungsrichtlinien der Stadt Zürich sei speziell festgehalten, dass nach mindestens einmonatigen Tiefbauarbeiten mit Einschränkung der Zugänglichkeit die Durchführung eines eintägigen Strassenfestes auf öffentlichem Grund möglich sei. Die Erteilung einer Bewilligung sei Formsache. Die Kosten für die Bewilligungen gingen in diesem Fall allerdings zu Lasten der Festorganisatoren. Der Bericht sagt dazu, dass bei ausserordentlichen Bauarbeiten wie im Falle der Seefeldstrasse und dem Stadelhoferplatz, das Tiefbauamt sogar zusammen mit den Gewerbebetreibenden ein Einweihungsfest organisiert, selber die Bewilligungen eingeholt und bezahlt habe. Teilweise wurden Reinigungskosten erlassen oder Inseratekosten für das Fest übernommen. Die Mehrheit der Kommission nimmt vom Bericht Kenntnis. Die

Kommission war sich jedoch einig, dass die Antworten des Stadtrates nicht zu 100 % zufriedenstellend sind. Warum wurden beispielsweise die Reinigungskosten nur teilweise übernommen? Warum gehen die Kosten für Bewilligungen grundsätzlich zu Lasten der Festbetreiber? Die Kommission reicht deshalb heute ein Kommissionspostulat zu dieser Problematik ein.

Ruth Anhorn (SVP): *Das Gewerbe hat im Seefeldquartier unter den länger betriebenen Baustellen und den während vielen Wochen nicht zur Verfügung stehenden Parkplätzen sehr gelitten. Teilweise waren auch Garagen nicht zugänglich. Der Stadtrat kann gemäss seiner Darlegung nachvollziehen, dass es für das Gewerbe sinnvoll wäre, aufgrund von Umsatzeinbussen von bis zu 30 % verstärkt Marketing-Massnahmen zu treffen. Gemäss den Veranstaltungsrichtlinien der Stadt Zürich kann bei einer mindestens einmonatigen Baustelle mit Einschränkungen für das Gewerbe ein eintägiges Strassenfest durchgeführt werden. Doch die Kosten für die Bewilligung eines solchen Anlasses muss das Gewerbe tragen. Die Bevölkerung und das Gewerbe im Quartier um die Seefeldstrasse und den Stadelhoferplatz hätten die Finanzierung eines Einweihungsfestes durch die Stadt sicherlich begrüsst. Der Stadtrat weist darauf hin, dass das Tiefbauamt die nötigen Bewilligungen eingeholt und auch bezahlt und die Inseratekosten für das Fest und teilweise die Reinigungskosten übernommen habe. Doch gefragt wären finanzielle Ankurbelungsmassnahmen. Deshalb nehmen wir den Bericht ablehnend zur Kenntnis.*

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP): *Die Grünliberalen anerkennen, dass der Stadtrat im Bericht nicht nur Verständnis für die Anliegen der Gewerbetreibenden zeigt, sondern dass der Bericht durchaus auch einige Ansätze beinhaltet, dem lokalen Gewerbe entgegenzukommen. Trotzdem erscheinen uns die Ausführungen des Stadtrates insgesamt etwas zu bürokratisch und unflexibel. Auf die absolut berechtigten Anliegen der Postulanten geht der Stadtrat in seinem Bericht nicht ein. Die Verwaltung sollte sich nach städtischen Bauarbeiten kulanter zeigen und flexibel und unkompliziert auf die individuellen Bedürfnisse der Gewerbetreibenden vor Ort eingehen. Die Gewerbetreibenden vor Ort bemühen sich redlich, ihr Geschäft wieder anzukurbeln und scheuen keinen Aufwand. Wir sollten sie dabei unterstützen. Die GLP nimmt den vorliegenden Bericht ablehnend zur Kenntnis.*

Roger Liebi (SVP): *Zahlreiche Gewerbetreibende, nicht nur im Seefeld, haben unter den Bauarbeiten gelitten. Der Stadtrat ist unseren Wünschen wortreich ausgewichen. Zwar konnte immerhin bewirkt werden, dass ein Kommissionspostulat eingereicht wurde. Es ist aber unverständlich, dass einige Parteien den Bericht, der unser Anliegen nicht aufnimmt, annehmen, aber gleichzeitig das Kommissionspostulat unterstützen, welches das gleiche Ziel hat.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Roger Liebi (SVP) erwähnte, man habe keine Unterstützung für das ursprüngliche Anliegen erhalten. Doch das ursprüngliche Postulat wurde überwiesen, weshalb durchaus von einer Unterstützung gesprochen werden kann. Es wurde ein Kommissionspostulat eingereicht. Der Stadtrat kann bei einer Annahme des Kommissionspostulates eine Praxis entwickeln, die dem Postulat entspricht und zu einer*

Vereinfachung und einer erhöhten Kulanz für betroffene Betriebe führt.

Claudia Simon (FDP): Ein Hinweis: Ein Bericht kann zur Kenntnis genommen werden. Er kann jedoch nicht positiv oder ablehnend zur Kenntnis genommen werden. Der Bericht wurde gelesen und damit zur Kenntnis genommen. Es ist wenig verständlich, wenn dem Kommissionspostulat zugestimmt wird und der Bericht gleichzeitig abgelehnt wird.

Mauro Tuena (SVP): Ich weise die Kommissionspräsidentin auf Art. 37 der Geschäftsordnung hin: Berichte des Stadtrates können „zur Kenntnis genommen“, „zustimmend zur Kenntnis genommen“ oder „ablehnend zur Kenntnis genommen“ werden. Ist man dem Inhalt des Berichtes gegenüber neutral eingestellt, nimmt man ihn zur Kenntnis. Findet man den Inhalt sehr gut, nimmt man den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Ist man mit dem Inhalt des Berichtes nicht einverstanden, nimmt man ihn ablehnend zur Kenntnis. Die Meinung zum Inhalt des Berichtes muss zum Ausdruck gebracht werden können. Wir stehen hinter dem Kommissionspostulat, bekunden jedoch Mühe mit dem Bericht des Stadtrates.

Michael Baumer (FDP): Wenn jemand mit dem Inhalt eines Berichtes nicht einverstanden ist, so muss er die Weisung ablehnen und eine Nachfrist ansetzen, bis der Bericht so lautet, dass er damit einverstanden sein kann. Doch wichtiger wäre, die Bürokratie zugunsten der KMU abzubauen. Das Kommissionspostulat ist ein positives Zeichen und zeigt, dass der gesamte Gemeinderat diese Bedenken teilt und Handlungsbedarf sieht.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Es ist eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand, den Bau und Unterhalt der öffentlichen Infrastruktur zu pflegen. Der Stadtrat hat aber volles Verständnis für Gewerbebetriebe, die bei Bauarbeiten leiden und versteht, dass sich für Gewerbebetriebe bei grossen Bauarbeiten eine schwierige Situation ergeben kann. Deshalb haben wir im Bericht ausgeführt, was in diesem Bereich bereits unternommen wird. Insbesondere werden die Massnahmen erwähnt, die bei den zwei grossen Baustellen ergriffen wurden, um die Belastungen für die Gewerbetreibenden möglichst gering zu halten und um die Gewerbetreibenden nach Abschluss der Bauarbeiten bei den Festivitäten zu unterstützen. Das Kommissionspostulat fordert nun, dass die bereits bekannte Praxis stärker verallgemeinert wird, die Koordinationsstelle für KMU-Betriebe die Gewerbebetriebe aktiv unterstützt und Synergien genutzt werden können. Wir werden das Kommissionspostulat entgegennehmen und prüfen. Insbesondere bezüglich der Verfahrensabläufe sind noch weitere Optimierungen möglich.

Änderungsantrag Ziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

4 / 5

1. Vom Bericht betreffend «Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Vakant: 1 (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen zu.

Abstimmung Ziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Vakant: 1 (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Vakant: 1 (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 35 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend «Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2009/357, von Monika Erfigen (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 19. August 2009 betreffend «Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische

5 / 5

Bauarbeiten» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 15. Februar 2012 gemäss Art. 12
der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat